



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 174/17

03.11.2017

Scharf und Untersteller: Ausrufezeichen für Natur und Mensch

70 Millionen Euro für "Agile ILLER"

Bayern und Baden-Württemberg wollen die Iller in den kommenden Jahren als verbindende Lebensader zwischen den Ländern ökologisch weiter stärken. Das unterstrichen die beiden Umweltminister Ulrike Scharf und Franz Untersteller heute bei Buxheim. "Wir haben seit Langem eine gemeinsame Verantwortung für die Iller. Mit der Vereinbarung zum Projekt 'Agile ILLER' wollen wir die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre auch in Zukunft fortsetzen. Mit dem sehr ehrgeizigen Arbeitsprogramm setzen wir ein Ausrufezeichen für unsere Iller", so die beiden Minister.

Bei einem gemeinsamen Festakt unterzeichneten Scharf und Untersteller heute ein auf insgesamt zehn Jahre angelegtes Arbeitsprogramm mit dem Titel "Agile ILLER". Insgesamt umfasst das Programm rund 60 Maßnahmen entlang der Iller von Aitrach bis Wiblingen. Geplant sind beispielsweise die verstärkte Gewässer- und Auenentwicklung für den Natur- und Hochwasserschutz. Außerdem sollen bestehende Seitengewässer besser angebunden sowie die Gewässerstruktur und Durchgängigkeit weiter verbessert werden. Auch neue Seitenarme als Lebensraum für Fische und andere Gewässerlebewesen sind geplant. Durch Deichrückverlegungen soll die Iller wieder mehr Raum bekommen und stärker erlebbar werden. Scharf und Untersteller machten deutlich: "Wir verpflichten uns mit dieser Vereinbarung, die Maßnahmen in den nächsten Jahren konsequent umzusetzen und damit auch die Anforderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen. Die naturnahe Entwicklung der Iller und ihrer Aue ist wichtig für die Umwelt und vor allem auch für die Menschen in der Region. Auen verringern die Hochwassergefahr und sind zugleich wahre Natur-Refugien."

Geleitet wird das auf zehn Jahre angelegte Projekt gemeinsam vom Wasserwirtschaftsamt Kempten und dem Regierungspräsidium Tübingen. Bei den Maßnahmenumsetzungen werden Bürger, Interessensvertreter und Träger öffentlicher Belange im Rahmen einer offenen Planung intensiv eingebunden.

Von den Kosten des Gemeinschaftsprojektes in Höhe von insgesamt rund 70 Millionen Euro tragen Bayern und Baden-Württemberg jeweils die Hälfte.